

# Landesdelegiertenkonferenz

21. November 2009

Umweltforum Jerusalemkirche

Lindenstraße 85, Berlin (Kreuzberg)

**Eingereicht von:**

Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf) und Melanie Müller (Abt. Frieden, Internationales und Europa)

**Gegenstand:**

Beschlussantrag

**A-3**

**Grüne**

## **Berlin handelt - Friedensperspektive für Afghanistan unterstützen**

5 Die Diskussionen der letzten Zeit über den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan drehen sich um eine zivile Perspektive und einen Plan für das Ende des Kriegseinsatzes. Um das Ziel einer zivilen Perspektive zu erreichen, müssen jedoch jetzt zügig die Weichen gestellt werden. Auch wenn viele der notwendigen Veränderungen in Afghanistan nicht von unserem Handeln abhängen, wollen wir das auch Berlin dieses Ziel aktiv unterstützt. Um nicht nur von unserem Ziel einer zivilen Aufbauperspektive zu reden, sondern diese auch 10 aktiv zu unterstützen fordern wir den Berliner Senat auf auf im Rahmen seiner Möglichkeiten zu handeln.

Wir GRÜNE kritisieren schon seit langem die Bundesregierung für ihre halbherzige und beschönigende Afghanistanpolitik und für das langjährige Versagen beim Polizeiaufbau. Um 15 hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir den Berliner Senat auf, Verantwortung zu übernehmen und sich bereit zu erklären 1000 PolizistInnen hier in Berlin auszubilden. Damit können wir unabhängig von den Handlungen anderer KriegspartnerInnen einen Beitrag zur zivilen Entwicklung leisten. Berlin soll sich darüber hinaus im Bundesrat bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Bezahlung der so ausgebildeten zusätzlichen afghanischen 20 PolizistInnen langfristig gewährleistet wird.

Die Förderung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlicher Entwicklung auf den verschiedensten Ebenen ist Dreh- und Angelpunkt. Die Unterstützung beim zivilen und 25 entwicklungspolitisch orientierten Aufbau, insbesondere in den Bereichen Justiz, Bildung, Infrastruktur und Landwirtschaft, muss sofort massiv ausgebaut werden. Mehr zivile Hilfe ist möglich und nötig.

30 Mit einem Begegnungsprogramm in Berlin wollen wir Menschen aus Afghanistan für einen kurzen Zeitraum einen Einblick in unsere staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen ermöglichen. Für alle öffentlichen Einrichtungen in Berlin soll geprüft werden, in wie weit diese einen Beitrag hierzu und damit zur zivilen Entwicklung beitragen können.

35 Zur Unterstützung von Versöhnungsinitiativen sowie lokalen und regionalen Strukturen, soll Berlin gemeinsam mit der zentrale für politische Bildung PartnerInnen aus verschiedenen Regionen Afghanistans finden, um Jugendlichen die Chance zu geben Berlin zu besuchen und dabei durch Begegnungen sowohl untereinander als auch mit Berliner Jugendlichen in Kontakt und ins Gespräch zu kommen.